

Aebischer Eliane, Flechtner Olivier

Strategie des Staatsrates zum sozialen Wohnungsbau

Mitunterzeichner: 0

Datum der Einreichung: 15.12.20

DEE

Begehren

Der Kanton Freiburg arbeitet an einer neuen Strategie der sozialen Wohnungspolitik, da das bisherige System der Bundessubventionen für sozialen Wohnungsbau ausläuft. Wie das kantonale Wohnungsamt in einer Mitteilung vom 9. Juni dieses Jahres selber schreibt, scheiden aber schon jetzt zahlreiche Wohnungen aus, was zu einer Verteuerung der Mieten für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner führt. Überraschend ist in diesem Zusammenhang auch, dass das Wohnungsamt schreibt, dass es den Mieterinnen und Mieter überlassen sei, sich bei Bezug einer Wohnung zu erkundigen, bis wann eine Wohnung subventioniert werde. Gerade bei sozial benachteiligten Mietparteien ist diese Holschuld einer Information störend.

Die kantonale Wohnungspolitik soll die Qualität des Wohnungsmarktes im Kanton verbessern. Dabei geht es insbesondere darum, ein ausreichendes Angebot an preisgünstigen Wohnungen bereitzustellen. Junge Familien, Alleinerziehende und betagte Menschen haben immer mehr Mühe, bezahlbare Wohnungen zu finden. Vor allem in städtischen Gebieten und in den Agglomerationen fehlen preisgünstige Wohnungen für finanzschwache Mieterinnen und Mieter, insbesondere solche, welche schon am Existenzminimum leben.

Unsere Fragen:

1. Wie sieht die Strategie des Staatsrates aus, um bezahlbare Wohnungen im Kanton zu fördern?
2. Welche finanziellen Mittel will der Staatsrat zur Verfügung stellen, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern?
3. Wie stellt sich der Staatsrat zu einer Verpflichtung der Vermieterinnen und Vermieter, neue Mieterinnen und Mieter über die Dauer der Subventionierung informieren zu müssen?
4. Welche Kriterien müssen erfüllt werden, damit eine Stiftung, eine Genossenschaft oder eine andere Körperschaft kantonale Subventionen erhält, um preisgünstige Wohnungen zu bauen?
5. Welche Massnahmen plant der Staatsrat, damit in städtischen Gebieten und Agglomerationen wieder mehr günstiger Wohnraum verfügbar wird?
6. Kann sich der Staatsrat vorstellen, dass der Kanton aktiv wird und selber die Initiative ergreift und preisgünstige Wohnungen baut?